# LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 6. April 2010

## N i e d e r s c h r i f t

## über die 19. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

**-öffentlicher Teil-**

| | | |
|---|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Montag, 22.02.2010 | |
| **Sitzungsbeginn:** | 18:04 Uhr | |
| **Sitzungsende:** | 20:55 Uhr | |
| **Ort, Raum:** | Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal | 38300 |

**Teilnehmerinnen/Teilnehmer**

**Kreistagsvorsitzender**

Schäfer, Uwe

**CDU-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Aust, Karl Otto | |
| Bötel, Bernhard | |
| Dinter, Ilona | |
| Großer, Elke | |
| Hasselmann, Rainer | stellv. Landrat |
| Heinisch, Dirk | |
| Hopert, Horst | |
| Jahn, Ernst-Henning | |
| Koch, Manfred | |
| Lagosky, Uwe | |
| Löhr, Norbert | |
| Lorenz, Dieter | |
| Mühlenkamp, Ralf | |
| Oesterhelweg, Frank | Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion |
| Rautmann, Dirk | |
| Seidenkranz, Gerhard | |
| Siebert, Britta | |
| Vogler, Birgit | |
| von Veltheim, Alexander | |
| Wolf, Hans-Heinrich | |
| Wolff, Michael | |

**SPD-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Bosse, Marcus | |
| Brandes, Katrin | stellv. Landrätin |
| Deitmar, Reinhard | |
| Ganzauer, Oliver | |
| Hantelmann, Peter | |
| Hausmann, Michael | |
| Heider, Ute | |
| Hensel, Falk | Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion |
| Kaatz, Detlef | |
| Koch, Harald | |
| Küchler, Helga | |
| Mohr, Peter | |
| Oberländer, Peter | |
| Polzin, Bruno | |
| Reichenpfader, Bärbel | |
| Resch-Hoppstock, Sabine | |
| Rupp-Brunswig, Dr. Heike | |
| Sandte, Michael | |
| Vree, Friedhelm | |
| Wiegel, Heike | |

**Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion**

| | |
|---|---|
| Brücher, Bertold | Vorsitzender der Bündnis90/Die Grünen-Kreistagsfraktion |
| Fuder, Jochen | |
| Gerndt, Elisabeth | |
| Müller, Jan-Christian | |

**FDP- Fraktion**

| | |
|---|---|
| Fach, Thomas | |
| Försterling, Björn | Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion |

**LINKS**

Kretschmer, Roland

**Von der Verwaltung**

| | |
|---|---|
| Röhmann, Jörg | Landrat |
| Klooth, Kathrin | Dezernentin III |
| Schillmann, Claus Jürgen | Dezernent II |
| Schäffer, Heike | Dezernentin I |
| Vogt, Kornelia | Pressesprecherin |
| Löb, Susanne | Gleichstellungsbeauftragte |
| Kelb, Marco | Protokollführer |

**Es fehlen:**

**DVU**

Molau, Andreas

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 07.12.2009
4. Anfragen

4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

5. Besetzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport;
   hier: Berufung eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes für die Vertretung der Eltern
   Vorlage: XVI-0673/2010
6. Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Schulstandort Wallstr. in Wolfenbüttel; Abschluss einer Nutzungsvereinbarung zwischen dem Landkreis und der Stadt Wolfenbüttel und Darstellung des Investitionsbedarfs bis 2015
   Vorlage: XVI-0683/2010
7. Haushaltssatzung 2010 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
   Vorlage: XVI-0678/2010
8. Leistungs-, Prüfungs- und Vergütungsvereinbarung mit dem Verein Frauenschutzhaus Wolfenbüttel e. V.
   Vorlage: XVI-0676/2010
9. Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten
   Vorlage: XVI-0682/2010
10. Antrag der Samtgemeinde Oderwald;
    hier: Zuweisung für den Ausbau des Bahnhofsgebäudes in Börßum
    Vorlage: XVI-0679/2010
11. 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung
    Vorlage: XVI-0685/2010
12. Über und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2009 bis 05.01.2010
    Vorlage: XVI-0687/2010
13. Bestimmung eines stellvertretenden Mitgliedes in der Landkreisversammlung
    Vorlage: XVI-0688/2010
14. Zielorientierter Steuerungsprozess beim Landkreis Wolfenbüttel
    Vorlage: XVI-0690/2010
15. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen durch den Kreistag
    Vorlage: XVI-0691/2010
16. Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
    Vorlage: XVI-0686/2010

17. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: XVI-0677/2010

17.1. Haushaltssatzung 2010; hier: Haushaltssicherungsbericht 2009 und Haushaltssicherungskonzept 2010
Vorlage: XVI-0677-1/2010

18. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

---

## Öffentliche Sitzung

### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Schäfer eröffnet um 18.04 Uhr die 19. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Die Anwesenden erheben sich und gedenken dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Rudolf Grabowsky.

### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

Vorsitzender Schäfer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Schäfer weist auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP hin und schlägt vor, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern.

*Der Antrag ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.*

Landrat Röhmann weist darauf hin, dass ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung einer Zweidrittelmehrheit des Kreistages bedürfe. Jedoch könne selbst bei einer Erweiterung der Tagesordnung der von den Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP gestellte Antrag zur interkommunalen Zusammenarbeit nicht beschlossen werden, da die nach § 51 Abs. 1 der Niedersächsischen Landkreisordnung obligatorische Vorbereitung durch den Kreisausschuss nicht erfolgt sei.

Stellvertretender Landrat Hasselmann beantragt die Unterbrechung der Sitzung und fordert Landrat Röhmann auf, in der Sitzungsunterbrechung den Kreisausschuss zwecks Vorbereitung des gegenständlichen Antrages einzuberufen. Eine im Vorfeld ins Gespräch gebrachte Sondersitzung des Kreistages zur interkommunalen Zusammenarbeit würde den Landkreis Wolfenbüttel rund 2.000 Euro kosten.

KAbg. Hensel merkt an, dass die Dringlichkeit, die für eine Tagesordnungserweiterung erforderlich sei, im vorliegenden Fall nicht gegeben sei. Vielmehr sollten die Vorsitzenden der antragstellenden Kreistagsfraktionen absprachegemäß mitteilen, ob sie der Einberufung einer Sondersitzung des Kreistages am 08. März 2010 zur Befassung mit dem Thema einer interkommunalen Zusammenarbeit zustimmen könnten. Ferner müsse das Thema zunächst intensiv im Kreisausschuss beraten werden.

KAbg. Oesterhelweg entgegnet, dass über eine etwaige Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts mit der Stadt Salzgitter und dem Landkreis Goslar zügig entschieden werden müsse. Die Angelegenheit sei von den Fraktionsvorsitzenden, den Hauptverwaltungsbeamten und den Personalräten der betroffenen Gebietskörperschaften hinreichend erörtert worden. Die Befürworter der Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts hätten sich stets für eine schnellstmögliche Entscheidung ausgesprochen. Termine für eine Sondersitzung des Kreistages seien nicht abgesprochen worden. Die CDU-Fraktion wolle, dass in der laufenden Sitzung eine Entscheidung zur interkommunalen Zusammenarbeit falle.

Landrat Röhmann wendet ein, dass der Kreistag ohne vorherige Beratung im Kreisausschuss keinen Beschluss fassen könne. Grundsätzlich wünsche er jedoch auch eine zügige Entscheidung.

KAbg. Hensel fügt an, dass die CDU-Fraktion bezüglich der Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts bisher nicht Stellung bezogen habe. Jetzt werde plötzlich die Ablehnung geäußert. Die SPD-Fraktion wolle eine Entscheidung durch die zuständigen Gremien vorbereiten lassen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 25 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Die Sitzung wird unterbrochen.

Vorsitzender Schäfer unterbricht die Sitzung um 18.23 Uhr.

Vorsitzender Schäfer eröffnet die Sitzung wieder um 18.52 Uhr.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag nachstehenden

**Beschluss:**

Mit 28 Ja- und 22 Nein-Stimmen erreicht der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit und ist somit abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wird in der mit Datum vom 02.02.2010 versandten Fassung genehmigt.

## TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 07.12.2009

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 07.12.2009 wird genehmigt.

## TOP 4 Anfragen

## TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Vorsitzender Schäfer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

## TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Oesterhelweg trägt eine Anfrage zur Breitbandversorgung vor.

Landrat Röhmann beantwortet die Anfrage des KAbg. Oesterhelweg.

*Die Anfrage des KAbg. Oesterhelweg und die Antwort des Landrates Röhmann liegen dieser Niederschrift als Anlage 2 bei.*

KAbg. Oesterhelweg fragt des Weiteren, welche Gebietskörperschaften Landrat Röhmann meine, wenn er antworte, dass eine kabelgebundene Lösung im Süden des Landkreises Wolfenbüttel entwickelt werde. Er fragt ferner, ob die Gemeinden für die eine kabelgebundene Lösung avisiert werde, sich an den dabei entstehenden Kosten beteiligen würden, ob deren Gremien bereits beteiligt worden seien und was passiere, wenn diese sich gegen eine Anteilsfinanzierung aussprächen. Der Sprecher bittet zudem um Auskunft, ob finanzschwache Gemeinden mit einer Genehmigung der Kommunalaufsicht für Kredite zur Deckung dieser Anteilsfinanzierung rechnen könnten.

Landrat Röhmann antwortet, dass die Breitbandversorgung im nördlichen Teil des Landkreises Wolfenbüttel aufgrund bestehender Leitungen relativ günstig verwirklicht werden könne. Diese günstigen Voraussetzungen bestünden in den Samtgemeinden Asse, Oderwald und Schladen jedoch nicht. Daher sei diesbezüglich auch kein Angebot entsprechender Versorgungsunternehmen vorgelegt worden. Die Breitbandversorgung dieser Samtgemeinden würde Investitionen im Umfang von geschätzten 50 bis 100 Millionen Euro erfordern. Daher kämen für diesen Teil des Landkreises Wolfenbüttel zunächst UMTS-gestützte Lösungen in Frage. Zwar sei eine kabelgebundene Lösung dort zwar grundsätzlich geplant jedoch aufgrund der immens hohen Kosten nur langfristig, also nicht innerhalb der nächsten zwei bis fünf Jahre, umsetzbar. Bezüglich der Finanzierung erklärt Landrat Röhmann, dass der Landkreis Wolfenbüttel über dessen Haushaltsplan die Fördermittel ein- und ausgezahlt würden, als Anteilsfinanzierung der betroffenen Gemeinden einen Betrag in Gesamthöhe von 125.000 Euro, mithin also 12,5 Prozent der Gesamtinvestitionen, vorgesehen habe. Diejenigen Gemeinden, die von einer Breitbanderschließung nicht profitierten, müssten auch keine Zahlungen leisten. Der Sprecher fährt fort, dass eine Kreditaufnahme zum Zwecke der nachhaltigen Verbesserung der Infrastruktur einer Gemeinde mit hoher Wahrscheinlichkeit genehmigt würde.

## TOP 5 Besetzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport; hier: Berufung eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes für die Vertretung der Eltern Vorlage: XVI-0673/2010

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-0673/2010 und dankt Herrn Dirk Schubert und Frau Sabine Bunkus für die mehrjährige Mitarbeit im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beruft gemäß § 110 Abs. 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der zur Zeit geltenden Fassung

Herrn Kay Schwedowski
Im Winkel 12
38162 Cremlingen

als Vertreter der Eltern und

Herrn Jürgen Neuschulz
Barnstorfer Weg 1
38170 Uehrde

als Ersatzmitglied des Vertreters der Eltern in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport.

## TOP 6 Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Schulstandort Wallstr. in Wolfenbüttel; Abschluss einer Nutzungsvereinbarung zwischen dem Landkreis und der Stadt Wolfenbüttel und Darstellung des Investitionsbedarfs bis 2015 Vorlage: XVI-0683/2010

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-0683-2010.

KAbg. Ganzauer führt aus, dass er die Arbeit im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bisher als von fraktionsübergreifender Fairness und Offenheit gekennzeichnet erachtet habe. KAbg. Großer habe dort im Jahre 2008 geäußert, dass in der CDU-Fraktion ein Wandel bezüglich der Gewichtung und der Bewertung sozialer Einrichtungen eingetreten sei. Daher habe er gehofft, dass dies auch zu einer offeneren Diskussion hinsichtlich der gegenständlichen Nutzungsvereinbarungen geführt hätte. Diese Hoffnung habe sich jedoch nicht erfüllt. Der Sprecher weist darauf hin, dass auch in Landkreisen in deren Kreistagen die CDU Mehrheiten habe, Anträge auf die Errichtung integrierter Gesamtschulen (IGS) gestellt worden seien. Das dreigliedrige Schulsystem könne die Bildungsprobleme nicht mehr lösen und entspreche nicht mehr dem Willen der Eltern. Gleichwohl gebe es Eltern, die ihr Kind lieber auf einem Gymnasium beschulten. Dies respektiere die SPD-Fraktion. Sie wolle die Gymnasien nicht abschaffen. Integrierte Gesamtschulen hätten in Hildesheim und Braunschweig Preise gewonnen und dokumentierten damit wie zukunftsträchtig diese Schulform sei. Demokratisch gefasste Mehrheitsentscheidungen müssten akzeptiert werden. Die CDU-Fraktion tue dies in Bezug auf die Errichtung einer IGS, die FDP-Fraktion jedoch noch nicht. Soweit die zur Beratung stehende Empfehlung beschlossen werde, sei ein wichtiger Schritt zur Inbetriebnahme der IGS im Landkreis Wolfenbüttel vollzogen. Der CDU Stadtverband Wolfenbüttel habe in einer Presseveröffentlichung das diesbezügliche zügige und geordnete Handeln der Verwaltung, des Bürgermeisters und der politischen Gremien der Stadt Wolfenbüttel gelobt. KAbg. Ganzauer führt indes aus, dass einzig die Schulverwaltung des Landkreises Wolfenbüttel, namentlich Referatsleiterin Wollschläger, in der Angelegenheit den Überblick behalten habe. Bürgermeister Pink habe einst gesagt, dass es mit ihm keine IGS am Standort Wolfenbüttel geben werde. Offenkundig änderten sich jedoch die Zeiten. Der breite Elternwille zur Errichtung einer IGS sei in der Entscheidung, eine solche zu errichten, wegweisend gewesen. Diese bedürfe erheblicher Investitionen. Jedoch werde auf allen Ebenen gefordert, mehr Geld in Bildung zu investieren. Der Landkreis Wolfenbüttel tue dies mit der Errichtung der IGS. Zudem sei festzustellen, dass ein Großteil der Investitionen an der Schule Wallstraße in Wolfenbüttel auch ohne die Errichtung einer IGS angefallen wäre, da deren Zustand

sehr sanierungsbedürftig sei. Daher sei es von der Stadt Wolfenbüttel vernünftig, das Schulgebäude dem Landkreis Wolfenbüttel zu übertragen.

KAbg. Försterling entgegnet, dass die FDP-Fraktion durchaus Mehrheitsentscheidungen respektiere. An deren Umsetzung beteilige sie sich konstruktiv, wozu jedoch auch das Äußern von Kritik gehöre. Der Tausch des Gebäudes der Schule Wallstraße gegen einen Investitionszuschuss für einen Entlastungsbau des Gymnasiums am Schloss sei ein gutes Geschäft für die Stadt Wolfenbüttel, die sich gegenüber dem Landkreis Wolfenbüttel in einer hervorragenden Verhandlungsposition befunden habe, da die Mehrheit des Kreistages dokumentiert habe, die Errichtung der IGS um jeden Preis zu wollen. Unklar sei zudem, wie die sich aus der Nutzungsvereinbarung ergebende Konstellation haushalterisch und bilanziell abgebildet werden könne. Aus den genannten Gründen werde sich die FDP-Fraktion in der bevorstehenden Abstimmung enthalten.

KAbg. Hopert ergänzt, dass auch die CDU-Fraktion nicht jeden Preis für die Errichtung einer IGS bereit zu zahlen sei. Daher sei es legitim, eine Zustimmung zu der Vorlage Nr. 0683/2010 kritisch zu überdenken. Allein für die Einrichtung der Sekundarstufe I würden Investitionen in einen Altbau in Höhe von 14,61 Millionen Euro fällig. Ob dieser Betrag tatsächlich ausreiche sei angesichts der Kalkulationsunsicherheiten bei Altbausanierungen nicht garantiert.

KAbg. Seidenkranz fragt, worum es sich bei den in § 2 Abs. 5 des Entwurfes der Nutzungsvereinbarung genannten Pönalen des Landes Niedersachsen aus dem Wallanlagenvertrag handele.

KAbg. Hasselmann weist darauf hin, dass die Stadt Wolfenbüttel im Jahre 1960 bei der Übernahme der Wallanlagen Zuschüsse vom Land Niedersachsen und Auflagen hinsichtlich der Nutzung der Anlagen erhalten habe.

*Hinweis der Verwaltung:*
*Es handelt sich hier um mögliche "Vertragsstrafen" aus dem Wallanlagenvertrag den das Land Niedersachsen mit der Stadt Wolfenbüttel abgeschlossen hat. Hierin sind große Flächen der Innenstadt als zu den Wallanlagen gehörend benannt und sollen keiner weiteren Bebauung zugeführt werden. Die Vertragsstrafe kann bis zu 100.000,- DM (ca. 52.000,-€) im Höchstfall betragen. Da jedoch das Grundstück bereits seit Jahrzehnten bebaut und in Schulnutzung ist und der Landkreis Wolfenbüttel nicht beabsichtigt größere Anbauten oder Neubauten vorzunehmen, ist davon auszugehen, dass eine Vertragsstrafe nicht zum Tragen kommt. Zumal das Land selbst mit z. B. der Landesmusikakademie Neubauten in den Wallanlagen vorgenommen hat.*

KAbg. Lagosky blickt zurück, dass dem Kreistag für die Errichtung der IGS am 21.09.2009 eine Investitionskostenplanung im Umfang von 6,6 Millionen Euro vorgelegt worden sei. Nunmehr belaufe sich diese Planung auf Kosten in Höhe von 14,6 Millionen Euro ohne dass hierin die Kosten für die Einrichtung der Sekundarstufe II enthalten seien. Es sei erlaubt zu denken, dass die IGS eine bessere Schulform als das dreigliedrige Schulsystem sei. Es stehe jedoch fest, dass die IGS nur von einem geringen Teil der Bevölkerung genutzt, aber von einem großen Teil der Bevölkerung bezahlt werde. Die Kosten für die Errichtung einer IGS werde drastische Auswirkungen auf die Finanzlage des Landkreises Wolfenbüttel haben. Deshalb müssten die Kosten- und Nutzenaspekte dieser Entscheidung gründlich abgewogen werden. Hier würden jedoch Beschlüsse ohne Kenntnis der tatsächlichen dauerhaften Konsequenzen gefasst, insbesondere da die Kosten für die Einrichtung der Sekundarstufe II noch nicht bekannt seien. Finanziell belastet würden durch diese Entscheidung die Einwohner und die Kommunen des Landkreises über die Kreisumlage. Der Sprecher kündigt an, sich aus diesen Gründen bei der Abstimmung zu enthalten.

KAbg. Brücher räumt ein, dass sich die Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion andere Verhandlungsergebnisse als die vorliegenden gewünscht hätte. Entscheidend sei jedoch, dass der Schulbetrieb der IGS zum Schuljahr 2010/2011 beginnen könne. Die Unterstellung, dass die Kalkulation der Investitionskosten zu niedrig sei, entspreche nicht den Tatsachen. Für die Sanierung

der Schule Wallstraße wären auch ohne die Einrichtung einer IGS hohe Kosten entstanden. Nur ein geringer Anteil der geplanten Kosten hingen unmittelbar mit der Errichtung einer IGS zusammen. Der Sprecher lobt die erheblichen Leistungen des Referates Schule und Sport des Landkreises Wolfenbüttel.

KAbg. M. Koch führt aus, dass er die Grundsatzfrage nach der Errichtung einer IGS nicht stellen wolle. Denn dann müsste auch klargestellt werden, dass die Schulzentren des Landkreises außerhalb der Stadt Wolfenbüttel durch die dortige Errichtung einer IGS erhebliche Probleme bekämen. Problematisch in der gegenständlichen Angelegenheit sei die Tatsache, dass die Frage nach den Kosten für die Einrichtung der Sekundarstufe II völlig ungeklärt sei. Fraglich sei ferner, ob die in der Schule Wallstraße verfügbaren Klassenräume für die Unterrichtsformen einer IGS geeignet seien. Der Sprecher erklärt, dass er erhebliche Vorbehalte gegenüber der zur Abstimmung stehenden Nutzungsvereinbarung und den Standort der Schule habe und sich daher enthalten werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 26 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 20 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der zwischen dem Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel und dem Landrat des Landkreises Wolfenbüttel ausgehandelten und als Anlage 1 der Vorlage Nr. XVI-0683/2010 beigefügten Vereinbarung über die künftige Nutzung des Schulzentrums Wallstr. wird zugestimmt.

2. Das der Vorlage Nr. XVI-0683/2010 als Anlage 2 beigefügte konkrete Raumkonzept für den Sekundarbereich I der IGS im Schulzentrum Wallstr. wird zur Kenntnis genommen.

3. Die der Vorlage Nr. XVI-0683/2010 als Anlage 3 beigefügte Übersicht über den baulichen Investitionsbedarf bis einschließlich 2015 wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 10,4 Mio € werden in den Haushaltsjahren 2010 ff. entsprechend zur Verfügung gestellt.

4. Dem einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 4,2 Mio €, wie er sich aus § 2 Abs. 6 der Nutzungsvereinbarung ergibt, wird zugestimmt. Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel erfolgt für die Jahre 2010, 2011 und 2012 über die jeweils zu beschließenden Haushalte.

## TOP 7 Haushaltssatzung 2010 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0678/2010

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0678/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die der Vorlage Nr. XVI-0678/2010 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (BIZ) für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.

## TOP 8 Leistungs-, Prüfungs- und Vergütungsvereinbarung mit dem Verein Frauenschutzhaus Wolfenbüttel e. V.

**Vorlage: XVI-0676/2010**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0676/2010.

KAbg. Resch-Hoppstock stellt dar, dass die SPD-Fraktion der Vorlage Nr. XVI-0676/2010 gerne und aus voller Überzeugung zustimmen werde. Die Leistungsvereinbarung sei sehr gut durch die Verhandlungspartner vorbereitet worden und beinhalte innovative Regelungen. Insbesondere der Umstieg von einer pauschalen zu einer leistungsbezogenen Förderung, die die Belange des Frauenschutzhauses weiterhin berücksichtige, sei zu begrüßen. Dieses Vorgehen stelle eine erfreuliche Alternative zu den in früheren Jahren erfolgten Diskussionen um die Bezuschussung des Frauenschutzhauses dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1.) Von der mit dem Verein Frauenschutzhaus Wolfenbüttel e. V. geschlossenen Leistungs-, Prüfungs- und Vergütungsvereinbarung – wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVI-0676/2010 ergibt – wird Kenntnis genommen.

2.) Dem Verein Frauenschutzhaus Wolfenbüttel e. V. wird zum Ausgleich finanzieller Wagnisse für Personen, die nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis des SGB II und SGB XII gehören sowie für Auslastungsschwankungen unterhalb der ermittelten Auslastungsquote für das Jahr 2010, eine jährliche institutionelle Förderung von maximal 60.000,00 € unter folgender Bedingung gewährt:

   a) Ab dem 1. Januar 2010 wird der Verein Frauenschutzhaus Wolfenbüttel e. V. durch einen Tagessatz finanziert.

   b) Sollten die monatlichen Erstattungen des Landkreises und der ARGE Wolfenbüttel unter einem Zwölftel des der Vergütungsvereinbarung zugrunde gelegten Gesamtzuschussbetrages liegen, so garantiert der Landkreis Wolfenbüttel dem Verein eine institutionelle Förderung für diesen Monat. In diesem Falle wird der Differenzbetrag zwischen dem Betrag, der vom Landkreis und der ARGE Wolfenbüttel für leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II und SGB XII erstattet wird und dem Mindestbetrag von einem Zwölftel des der Vergütungsvereinbarung zugrunde gelegten Gesamtzuschussbetrages als institutionelle Förderung gewährt.

   c) Bei einem erwirtschafteten Jahresüberschuss wird der durch institutionelle Förderung gewährte Zuschussbetrag als Übertrag in das Folgejahr vorgetragen und als Rückstellung für zukünftige Unterdeckungen bzw. Sondermaßnahmen verwendet. In einem derartigen Fall reduziert sich der o. g. maximale Förderungsbetrag im Folgejahr um den Betrag des Übertrags.

## TOP 9 Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten Vorlage: XVI-0682/2010

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0682/2010.

*Hinweis der Verwaltung:*

*Mit dem Versand dieser Niederschrift wird den Kreistagsabgeordneten ein Vordruck zur Meldung als über Abschiebungen zu informierendes Kreistagsmitglied zur Verfügung gestellt.*

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Landrat informiert nach Ankündigung der Abschiebung gegenüber den Betroffenen innerhalb von 48 Stunden die Kreistagsfraktionsvorsitzenden und andere interessierte Kreistagsmitglieder durch ein geeignetes Medium ( per Email). Ausnahme: Bei unangekündigten Abschiebungen erfolgt die Information innerhalb von 48 Stunden nach der Abschiebung.

## TOP 10 Antrag der Samtgemeinde Oderwald; hier: Zuweisung für den Ausbau des Bahnhofsgebäudes in Börßum Vorlage: XVI-0679/2010

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-0679/2010.

KAbg. Ganzauer weißt darauf hin, dass der Ort Börßum als Eisenbahnknotenpunkt einst von erheblicher Wichtigkeit gewesen sei und dort 500 Bundesbahn- sowie 200 Bundespostmitarbeiter beschäftigt gewesen seien. Im Jahre 2007 habe die Samtgemeinde Oderwald das Bahnhofsgebäude aus städtebaulichen Gründen erworben und beabsichtige, in diesem historisch wertvollen Gebäude neben der Unterbringung der Samtgemeindeverwaltung auch einen kulturellen Betrieb zu ermöglichen. Die Finanzlage der Samtgemeinde Oderwald sei kritisch. Jedoch habe diese sich bisher keine Prestigeprojekte geleistet. Auch hier gehe es nicht um Prestige. Vielmehr stelle das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zum Denkmalschutz dar. Der Sprecher hoffe, dass am Bahnhof Börßum künftig auch die Warnetalbahn wieder halten werde.

KAbg. Bötel berichtet, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 17.12.2007 den Beschluss gefasst habe, einen Zuschussbetrag in Gesamthöhe von 300.000 Euro für die Samtgemeinde Oderwald zur Sanierung des Bahnhofes Börßum in seine Finanzplanung aufzunehmen. Derzeit befinde sich die Samtgemeinde Oderwald in der Planungsphase und stelle für den Bahnhof Börßum ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept auf. Die Samtgemeinde Oderwald betreibe im Vergleich zu anderen Samtgemeinden eine zurückhaltende Ausgabepolitik und wäre dankbar, wenn der Landkreis Wolfenbüttel bei der Sanierung des Bahnhofes Börßum eine finanzielle Unterstützung ermöglichen würde.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird auf dem Produktkonto 5230000000.781200 zur Förderung des Ausbaus des Bahnhofsgebäudes in Börßum ein Zuwendungsbetrag für die Samtgemeinde Oderwald in Höhe von 100.000 Euro veranschlagt. Die volle Summe wird mit einem durch den Kreisausschuss aufzuhebenden Sperrvermerk versehen. Über die über diesen Betrag hinausgehend beantragten Förderung wird nach Vorlage eines Finanzierungsnachweises und eines Nutzungskonzeptes im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit erneut beraten.

## TOP 11 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung

**Vorlage: XVI-0685/2010**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0685/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung), wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0685/2010 ergibt, wird beschlossen.

## TOP 12 Über und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2009 bis 05.01.2010 Vorlage: XVI-0687/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0687/2010.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von den vom 27.10.2009 bis zum 05.01.2010 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0687/2010 ergeben, wird Kenntnis genommen.

## TOP 13 Bestimmung eines stellvertretenden Mitgliedes in der Landkreisversammlung Vorlage: XVI-0688/2010

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0688/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Kreistag bestimmt gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung des Niedersächsischen Landkreistages stellvertretende Landrätin Brandes zur Vertreterin des zweiten stimmberechtigten Vertreters in der Landkreisversammlung des Niedersächsischen Landkreistages.

## TOP 14 Zielorientierter Steuerungsprozess beim Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0690/2010

KAbg. Oesterhelweg erläutert die Vorlage Nr. XVI-0690/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der Landrat wird beauftragt, das der Vorlage Nr. XVI – 0690/2010 anliegende Konzept

„Zielorientierter Steuerungsprozess beim Landkreis Wolfenbüttel“ mit Wirkung zum 01.01.2011 umzusetzen.

2. Zur Begleitung des Steuerungsprozesses wird eine Steuerungsgruppe als Ausschuss gemäß § 47 Abs. 1 und 10 der Niedersächsischen Landkreisordnung gebildet, dem als stimmberechtigte Mitglieder je ein Mitglied einer jeden Kreistagsfraktion sowie der Landrat als Vorsitzender angehören.

## TOP 15 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen durch den Kreistag Vorlage: XVI-0691/2010

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0691/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Die in der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0691/2010, ergänzt durch die der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreisausschusses des XVI. gewählten Kreistages beigefügte Anlage 1, genannten Zuwendungen werden angenommen.

2. Die Zuständigkeit nach § 83 Abs. 4 Satz 3 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in Verbindung mit § 65 Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) zur Annahme von Zuwendungen mit einem Wert von über 100 € bis zu höchstens 2.000 € wird nach § 25 a Abs. 2 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dem Kreisausschuss übertragen.

## TOP 16 Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: XVI-0686/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0686/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0686/2010 beigefügte Stellenplan wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen.

## TOP 17 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage: XVI-0677/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlagen Nr. XVI-0677/2010 und Nr. XVI-0677-1/2010 und weist auf eine diesbezügliche Tischvorlage hin.

*Die Tischvorlage ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.*

KAbg. Kretschmer berichtet, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung einen beträchtlichen Konsolidierungsbeitrag geleistet habe. Ferner habe die Verwaltung der Politik eine Vorschlagsliste bezüglich weiterer von den politischen Gremien zu entscheidenden Konsolidierungsbeiträgen vorgelegt. Diese Vorschläge seien in den Fachausschüssen mit dem Hinweis auf eine erstmalige Thematisierung im Kreisausschuss nicht beraten worden. In der jüngsten Sitzung des letztgenannten hätten sich die Fraktionen darauf verständigt, keine Einsparungen vornehmen zu wollen. Dies bedauere der Sprecher, zumal er befürchte, dass für den Haushaltsplan 2011 wegen der dann bevorstehenden Kommunalwahl auch keine Aufwandsverringerungen politisch angestrengt würden.

Landrat Röhmann dankt den beteiligten Mitarbeitern, insbesondere dem Abteilungsleiter Henze und dessen Mitarbeiterinnen für die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010. Ferner danke er dem Kreistag für das der Verwaltung im Rahmen der Fachausschussberatungen entgegengebrachte Vertrauen. Die Ertragssituation des Landkreises Wolfenbüttel stelle sich aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise desaströs dar. So verringerten sich die Landeszuweisungen um 20 Prozent und die Erträge aus der Kreisumlage um 12 Prozent gegenüber der Vorjahresplanung. Trotzdem solle letztere nicht angehoben werden, da die Finanzlage in den kreisangehörigen Gemeinden noch dramatischer sei. Der Kreistag hätte die Möglichkeit, die Aufwendungen noch stärker zu reduzieren. Der Sprecher respektiere jedoch, dass auf weitere Kürzungen verzichtet werde. Schließlich leisteten die Empfänger von freiwilligen Leistungen gute Arbeit. Zukunftsweisend seien jedoch kreative Lösungen, wie die Umstellung der Förderungssystematik für das Frauenschutzhaus. So könne die erforderliche Haushaltskonsolidierung mit den Interessen von Zuschussempfängern in Einklang gebracht werden. Bei den Wohlfahrtsverbänden sei ein grundsätzliches Interesse bezüglich des Wechsels von einer pauschalen zu einer leistungsbezogenen Förderung erkennbar. Auffällig sei, dass der Kreishaushalt und die Haushalte der Eigenbetriebe mit der Rekordinvestitionssumme von mehr als 22 Millionen Euro beplant seien. Diese Mittel kämen durch Aufträge zu einem erheblichen Anteil auch der heimischen Wirtschaft zugute.

KAbg. Försterling dankt der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010. Er erklärt, dass das Neue Kommunale Rechnungswesen die Möglichkeit eröffne, gezielt auf einzelne Prozesse einzuwirken und diese zu kontrollieren. Diese werde noch durch die Installierung einer kennzahlengestützten Steuerung verstärkt. Dem Kreistag obliege die Aufgabe, eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Er hätte hierzu auch Vorschläge des KAbg. Kretschmer erwartet. Jedoch müsse abgewogen werden, dass sich eine Streichung von Kleinstförderbeträgen erheblich auf das ehrenamtliche Engagement im Landkreis Wolfenbüttel auswirken könne, während die Reduzierung des Haushaltsdefizits verschwindend gering wäre. Das Signal, als Landkreis Wolfenbüttel trotz steigender Fehlbeträge das ehrenamtliche Engagement weiterhin zu unterstützen werde unabhängig von Kommunalwahlen gesetzt. Wichtig sei künftig die Stärkung der Wirtschaftsförderung. Dies gelte unter anderem deshalb, da für die Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit auf allen politischen Ebenen ein Wiedererstarken der Konjunktur von entscheidender Bedeutung sei.

KAbg. Oberländer erörtert, dass im Teilergebnishaushalt Jugend Aufwendungen in Höhe von 16,3 Millionen Euro veranschlagt seien. Die rund 80 Mitarbeiter des Jugendamtes seien vom Landrat stark gefordert, ein hohes Maß an Ideen für Einsparungen und für die Wahrnehmung künftiger Aufgaben zu entwickeln. Es sei erfreulich, dass Projekte wie das Übergangsmanagement Schule-Beruf und das Babybegrüßungspaket realisiert werden könnten. Des weiteren seien auch in den nächsten Jahren Anstrengungen zum Ausbau der Krippenbetreuung im Landkreis Wolfenbüttel vonnöten. Eine zusätzlich Aufgabe stelle die landesgesetzliche Vorgabe der Kontrolle der sog. "U-Untersuchungen" dar. Der damit beim Landkreis Wolfenbüttel verursachte Aufwand werde durch das Land Niedersachsen nicht kompensiert. Lobenswert sei die kreative Lösung, die den Erhalt des PACE-Projektes gesichert habe.

KAbg. Oesterhelweg dankt allen Mitarbeitern des Landkreises Wolfenbüttel für die geleistete Arbeit. Er führt aus, dass die Hoffnungen auf eine sich verbessernde Haushaltslage durch die Wirtschafts-

und Finanzkrise, deren Ende noch nicht sichtbar sei, zerschlagen worden seien. Er begrüße, dass der Landkreis Wolfenbüttel trotzdem noch in erheblichem Maße investiere. Die Möglichkeit, zusätzlich Finanzmittel zu verteilen sei mangels Masse nicht mehr gegeben. Die verwaltungsseitig dem Kreistag vorgeschlagenen Einsparungen hätten bewährte ehrenamtliche Strukturen gefährdet. Beispielhaft seien dazu die Sozialverbände zu nennen, die Planungssicherheit bräuchten. Ferner wäre eine Kürzung von Zuschüssen an die Sozialverbände bei gleichzeitig erheblichen Ausgaben für die Errichtung einer IGS nicht vermittelbar. Der Sprecher fährt fort, dass das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit für den Landkreis Wolfenbüttel und dessen kreisangehörige Gemeinden richtig, wichtig, notwendig und alternativlos sei. Entsprechende Vorhaben müssten jedoch dergestalt betrieben werden, dass die Interessen der Öffentlichkeit, der Mitarbeiter und der politischen Gremien angemessen berücksichtigt würden. Welche Gelegenheiten interkommunaler Zusammenarbeit sich für den und in dem Landkreis Wolfenbüttel böten solle intensiv geprüft werden, da sich daraus Synergieeffekte ergeben könnten. Verbesserungsbedarf bestehe auch hinsichtlich der Wirtschaftsförderung des Landkreises Wolfenbüttel. Den hierbei derzeit handelnden Personen könnten keine Vorwürfe gemacht werden. Jedoch solle der Landkreis Wolfenbüttel einen Fördermittelexperten beschäftigen, der gleichsam auch als Schnittstelle zu anderen Institutionen wirken möge. Auch in dieser Angelegenheit könne interkommunal kooperiert werden. Ferner solle die gemeinsame Aktion der Jägerschaft mit der Verkehrswacht zur Wildunfallprävention finanziell unterstützt werden. Abschließend erklärt KAbg. Oesterhelweg, dass die CDU-Fraktion für den Haushaltsplan 2010 keine Anträge auf Mittelkürzung stellen, gleichsam aber auch für den Haushaltsplan 2011 keine Anträge auf Erhöhung veranschlagter Ansätze einbringen werde. Vor einer Kreisumlagenerhöhung warne er ausdrücklich. Auch für den Haushaltsplan 2011 würde die CDU-Fraktion eine solche nicht unterstützen.

KAbg. Hensel dankt dem Personal der Landkreisverwaltung für die geleistete Arbeit. Er stellt dar, dass die Finanzlage des Landkreises Wolfenbüttel schwierig sei. Einsparungspotentiale seien nicht erkennbar, da der Landkreis Wolfenbüttel auch künftig neben den ihm zugewiesenen Pflichtaufgaben weiterhin freiwillige Aufgaben wahrnehmen und freiwillige Leistungen erbringen solle. Andernfalls wäre die Gewinnung von Kandidaten für die Kommunalwahl 2011 problematisch. Schließlich wolle man als Kreistagsabgeordneter auch gerne Mittel an kreisangehörige Kommunen oder andere Institutionen verteilen um somit gestaltend tätig zu sein. Die Fraktionen des Kreistages hätten sich gemeinschaftlich davor gescheut, im Haushaltsplan für das Jahr 2010 Streichungen vorzunehmen. Die Bevölkerung würde auf eine fünfprozentige Kürzung der Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände, wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen, mit erheblichem Unmut reagieren. Der Sprecher zitiert die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Petra Roth (CDU), die auf die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit der Großstädte hingewiesen habe. Hinsichtlich der Unterstützung der Aktion zur Wildunfallprävention teile der Sprecher die Ansicht des KAbg. Oesterhelweg. Die Wirksamkeit einer personellen Aufstockung der Wirtschaftsförderung des Landkreises Wolfenbüttel sei fraglich, da vor allem die kreisangehörigen Gemeinden für diese Aufgabe zuständig seien. Aber es solle diskutiert werden, ob diese Aufgabe bei der Projekt Region Braunschweig GmbH landkreisübergreifend zentralisiert werden könnte. Da die Finanzlage des Landkreises Wolfenbüttel nachhaltig verbessert werden müsse, solle mittels interkommunaler Zusammenarbeit die Zukunftsfähigkeit des Landkreises Wolfenbüttel sichergestellt werden. Die hierzu von KAbg. Oesterhelweg geäußerte Einsicht hätte sich KAbg. Hensel früher gewünscht. Es sei jedoch kontraproduktiv, wenn die CDU-Fraktion entsprechende Vorhaben ablehne. Abschließend merkt der Sprecher an, dass die von der FDP diskutierte Streichung des Gewerbesteuerheberechts der Kommunen, sich auf selbige zerstörerisch auswirken würde.

KAbg. Müller dankt der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010. Er merkt an, dass die prekäre Finanzlage, in der sich der Landkreis Wolfenbüttel nunmehr befinde, in den kreisangehörigen Kommunen schon seit langer Zeit die Realität sein. Interkommunale Zusammenarbeit dürfe nicht pauschal abgelehnt werden. Ebenso wenig dürfe man dieser aber pauschal zustimmen. Soweit sinnvolle interkommunale Vorhaben identifiziert und entwickelt würden, werde die Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion diesen auch zustimmen. Wenn jedoch wenig gespart und dadurch Strukturen zerschlagen würden, sei eine ablehnende Haltung angezeigt. Erwartungsvoll

sehe der Sprecher der Eröffnungsbilanz des Landkreises Wolfenbüttel entgegen, die eine transparente Aussage über die tatsächliche Vermögenslage treffen werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan des Landkreises Wolfenbüttel und der Haushaltsplan des optimierten Regiebetriebes Gebäudewirtschaft für das Haushaltsjahr 2010 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2011 bis 2013 werden auf der Grundlage des mit der Vorlage Nr. XVI-0677/2010 vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der mit Schreiben vom 01.02.2010, vom 12.02.2010 und mit der Anlage 3 der Niederschrift über die 19. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages mitgeteilten Änderungen beschlossen.

Das Haushaltssicherungskonzept wird für das Haushaltsjahr 2010 wie es sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0677-1/2010 ergibt fortgeschrieben.

Der Haushaltssicherungsbericht 2009 wird, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0677-1/2010 ergibt, zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 wird auf der Grundlage des mit der Vorlage Nr. XVI-0677/2010 vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen beschlossen.

## TOP 17.1 Haushaltssatzung 2010; hier: Haushaltssicherungsbericht 2009 und Haushaltssicherungskonzept 2010 Vorlage: XVI-0677-1/2010

siehe TOP 17.

## TOP 18 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Landrat Röhmann berichtet, dass alle für den März 2010 geplanten Sitzungen der Fachausschüsse aus Ermangelung an Beratungsgegenständen ausfielen.

Vorsitzender Schäfer schließt die Sitzung um 20.55 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in